

Correspondent

erschint
Mittwoch, Freitag,
Sonntag,
mit Ausnahme der Feiertage.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich eine Mark.

XXXI.

Leipzig, Freitag den 24. März 1893.

№ 35.

Unsere Leser

machen wir darauf aufmerksam, daß mit Nr. 39 das zweite Vierteljahr des Corr. beginnt und daß Bestellungen auf dasselbe sofort aufzugeben sind, da Nachlieferungen, wenn überhaupt, nur gegen Entrichtung einer Mehrgebühr seitens der Postämter stattfinden. Auch dürfen wir uns wohl der Hoffnung hingeben, daß unsere bisherigen Freunde in der Bemühung, die Reihen der Abonnenten stetig zu verstärken, nicht ermüden.

Ein merkwürdiger Vorgang.

In der Schweiz geht eine in ihren endlichen Zielen wahrscheinlich sehr verschiedene aufgefaßte Bewegung vor sich, in der die Angehörigen des Buchdruckgewerbes sich durch Annahme einer an die Bundesversammlung zu richtenden Petition hervorgethan haben. Die Bewegung knüpft neuerdings an die Revision der Verfassung an, gelegentlich welcher die Regelung des Gewerbewesens von den Kantonen an den Bund abgetreten werden dürfte und dieser soll nun vermocht werden, obligatorische Berufsgenossenschaften zuzulassen.

Sonderbarer Weise ist es die Prinzipalsvereinigung gewesen, die sich an die Gehilfenorganisationen, den Schweizerischen Typographenbund und den Romanischen Buchdruckerverband gewandt hat mit der Aufforderung, dieselben möchten eine obligatorische Berufsgenossenschaft begehrende Eingabe an die Bundesversammlung mit unterzeichnen. Gehilfenseits kam man dem Ersuchen entgegen. Eine Delegiertenversammlung des Typographenbundes pflichtete dem Vorschlage, beiderseitige Vertreter über den Gegenstand in Verhandlungen treten zu lassen in der Voraussetzung bei, daß in Basel und Zürich, wo eine Anzahl Prinzipale die Bundesmitglieder von ihren Offizinen ausschließen, die Sperre öffentlich als aufgehoben erklärt würde. Schließlich haben die Gehilfen, obzwar die erwähnte Voraussetzung nicht erfüllt wurde, die Prinzipalsführer vielmehr vorgaben, „keinen Zwang“ auf die koalitionsfeindlichen Offizinsbesitzer ausüben zu können, an einer am 12. Februar d. J. abgehaltenen gemeinschaftlichen Beratung, wo der Prinzipalsverband und die Gehilfenverbände durch je fünfzehn Abgeordnete vertreten waren, dennoch teilgenommen und es kam daselbst folgende Resolution zur Annahme:

Der Verein Schweizerischer Buchdruckerbesitzer sowie der Schweizerische Typographenbund und die Fédération de la Suisse romande erklären es als dringendes Bedürfnis des gesamten Gewerbewesens, daß ein schweizerisches Gewerbegesetz die Bildung obligatorischer Syndikate nach folgenden Grundsätzen ermögliche:

- Die Mehrheit der Genossen eines Gewerbes kann die Bildung eines obligatorischen Syndikates beschließen.
- Kein Gewerbe kann durch das Gesetz zur Bildung eines obligatorischen Syndikates verhalten werden.
- Die bezügliche Gewerbeverfassung gibt sich jedes Gewerbe selbst, vorbehaltlich ihrer Genehmigung durch die Bundesbehörden.
- Die Verordnungen der obligatorischen Syndikate haben Gesetzeskraft.

c) Obligatorischen Berufsgenossenschaften liegt die Sorge für den Unterhalt der arbeitslosen Berufsgenossen ob.

Mittels Urabstimmung haben die Mitglieder der beteiligten Verbände nachträglich ebenfalls für die Unterzeichnung der Petition votiert.

Da somit das Schweizerische Parlament einen von Arbeitgebern und Arbeitern des Buchdruckgewerbes gestellten Antrag bezüglich einer neuen gewerblichen Organisation zu beraten haben wird, so dürfte es geboten sein, hier die Motive und Erwartungen der beiderseitigen Petenten ein wenig zu beleuchten.

Wie sich die Prinzipalsführer die obligatorischen Berufsgenossenschaften (Syndikate) und ihre Aufgaben denken, das hat Herr Paul Wild in der gemeinschaftlichen Konferenz entwickelt: ob er alles, was mit den Genossenschaften jenseits geplant wird, gesagt hat, das wollen wir vorläufig nicht untersuchen. Ueberall und in allen Gewerben, so führte Herr Wild aus, ertönen ungeachtet der technischen Errungenschaften Klagen über Rückgang und trotz Gründung von Vereinen zur Hebung der Gewerbe, trotz Stipendienerteilung sei keine wesentliche Besserung eingetreten. Es liege dies in der bisherigen Unmöglichkeit, die Schäden eines Berufes gründlich zu studieren und am Mangel berufener Beobachter, welche die richtigen Mittel und Wege zu zeigen vermöchten. Unzweifelhaft liege in der Gründung einer obligatorischen Berufsgenossenschaft, deren Syndikatskammer gleich einem sorgenden Vater die Interessen jedes einzelnen überwacht und fördert, ein wesentlicher Faktor zur Hebung eines Gewerbes. Weil der Staat als solcher nicht alle Schäden der einzelnen Gewerbe kennen könne, so sei es mehr als natürlich, daß Berufssyndikate an dessen Statt und unter dessen Hoheit die notwendigen Einschränkungen zum Nutzen des Ganzen sich selbst geben sollten, um dadurch zugleich einer Gewerbe-Anarchie vorzubeugen. Einen großen Vorteil für den kleinen Meister gegenüber dem Großkapitale versprach sich der Referent von der Einführung des Befähigungsnachweises.

Die Verfassung der Genossenschaft soll ein aus gleich viel Prinzipalen und Gehilfen gebildeter Ausschuss, dem ein Bundesbeamter präsidiert, entwerfen. Jede Berufsgenossenschaft soll in etwa acht über das schweizerische Gebiet ausgedehnte Kreise eingeteilt werden, denen je drei Prinzipale und drei Gehilfen vorstehen, die zusammen einen Obmann ernennen. Sämtliche Obmänner bilden zusammen den zentralen (achtköpfigen) Genossenschaftsausschuss; um in demselben je vier Prin-

zipale und je vier Gehilfen Sitz finden zu lassen, hätten in vier Kreisen die Prinzipale und in den anderen vier Kreisen die Gehilfen einen Obmann zu stellen. Der Genossenschaftsausschuss setzt eine Genossenschaftsteuer fest. Gegen seine Beschlüsse steht sowohl dem Bundesrat als auch fünf Kreiscommissionen ein verwerfendes Veto zu. Gegen widerspenstige Gewerbsangehörige verhängt der Ausschuss Bußen.

Sichtlich der den Genossenschaften obliegenden Gesetzgebungsmaterien sind genannt: Einführung des Befähigungsnachweises, Vorbereitung zu einem allgemeinen Sekertarife, Regelung der Arbeitszeit, des Lehrlingswesens, Entwicklung des Unterstützungswesens für Invaliden und Arbeitslose, Maßnahmen gegen illoyale Konkurrenz u. dergl. m.

Nach dem Menu ist die Tafel ungeheuer opulent bestellt, nur schade, daß bei dem Projekte die wirtschaftlichen Machtverhältnisse zwischen Arbeitern und Arbeitgebern in keiner Weise verändert werden und so dürfte mit den Unternehmern innerhalb der Genossenschaften ebenso schlecht aus der Schüssel zu essen sein als beim jetzigen Zustande. Schon im Aufbau des Planes ragen massenhafte Steine des Anstoßes hervor. Daß bei dem Verfassungsausschuss ein Klassengenosse der Unternehmer, ein Bundesratsmitglied präsidieren soll, das ist ein Vorschlag, der gerecht und unabweislich aussieht, bei der hohen Wichtigkeit des Ausschusses aber schon schwere Bedenken wachruft. Dann kommt die scheinbar gleichartige Vertretung in den Kreisen und im Genossenschaftsausschuss; sie hat so manchen Haken und fehlt hier die anzweifelbar unparteiliche Stimme eines ausschlaggebenden Beamtenpräsidenten, so stellt sich dafür die mörderische Stimmengleichheit zwischen den beiden Faktoren ein. Nun aber gar das Gesetzgebungsprogramm. Da soll der Befähigungsnachweis dem Gewerbe auf die Strümpfe helfen, der doch immer nur jenen etwas nützen wird, die die Mittel haben, von ihrer Befähigung kapitalistischen Gebrauch zu machen. Anstatt den festen Lohn vorzusehen wird die Permanenz des gewerblichen Kampfes durch Aufrechterhaltung eines „Sekertarifs“ auch in der Genossenschaft bestätigt und unter „Regelung der Arbeitszeit“ kann sich Herr Wild mit gutem Gewissen den fünfzehnstündigen Arbeitstag denken. In Beziehung auf die Unterstützung der Arbeitslosen durch das Gewerbe setzte der Referent voraus, daß die Zahl der Anzulernenden den Bedürfnissen des Gewerbes angepaßt werde;

nun wohl, dann müßte aber eine Regelung der Kinderproduktion vorhergehen, falls man nicht, sobald alle Genossenschaften derartige Bemessungen belieben, zur gesetzlichen Festsetzung des Malthusianismus oder zur Ausdehnung greifen wollte; die sich ausdrückende Verkürzung der Arbeitszeit bleibt nämlich offenbar ein *noli me tangere*. So präsentiert sich das in Aussicht genommene Genossenschaftsprogramm als erzürnd kritisch und für die Gehilfen mehr als problematisch.

An dem heutigen ungleichen Machtverhältnissen zwischen Prinzipalen und Gehilfen soll, wie erwähnt, auch kein Fittchen geändert werden, im Gegenteil, deren Vereinigungen sollen fortexistieren, „um dem Syndikalismus, wenn sein Gang sich ungebührlich verlangsamte oder über die Massen beschleunigen sollte, den nötigen Dampf zuzuleiten oder die Bremse anzusetzen“. Das heißt ins gewöhnliche Deutsch übersetzt: außerhalb der Genossenschaften wird mit den alten materiellen Mitteln, in denen die Unternehmer die stärkeren sind, bestimmt, was die Genossenschaft thun oder lassen soll: die Unternehmer haben sich dann nur eine gesetzliche Form geschaffen, in der sie die Erträge ihres wirtschaftlichen Ubergewichtes dauernd sichern. Sollten aber ja einmal die Arbeiter ein für sie nützlich Geheiß im Syndikate durchdrücken, so ist noch immer der Bundesrat in Reserve, daselbe zu kassieren. Ja, und wenn die Genossenschaftsverfassung schließlich wirklich einige Vorteile für die Arbeiter brächte, so doch nur unter Verewigung ihres Standes als untergeordnete, abhängige Kaste.

Die Schweizer Gehilfen sehen mit einigen allzu optimistischen Ausnahmen in diesen Punkten übrigens klar. „Wir greifen nach diesem Remedium zu schaffenden, jedoch sehr problematischen Rettungsanker, wie ein Ertrinkender in der Verzweiflung krampfhaft nach einem Strohhalm lang“, ruft die Held. Typ. aus. Besonders der zur Stunde noch eifrige Pfleger der „Freien“ und der Tarifanarchie, Herr Paul Wild, der schweizerische Blatte, jetziger Hauptagitator für die Genossenschaften, stößt ihnen berechtigtes Mißtrauen ein. Sie haben trotzdem die Petition unterzeichnet, einestheils um den Prinzipalen wieder einen Beweis gehilfenseitigen Entgegenkommens zu geben; dann weil sich einige Kollegen etwas von den Berufsgenossenschaften versprechen, hauptsächlich jedoch weil die betreffenden Thesen zu keinerlei weiteren Folgen verpflichten, das Geheiß zudem noch gute Weile hat. Nichtsdestoweniger dürfte ein Wort der Warnung an dieser Stelle kaum überflüssig sein. Es ist eine abschüssige Ebene, dieses Entgegenkommen mit dem Doppelgefühl des Unverpflichtetseins und eines möglichen Nutzens. Im Ruftschrei der Sorglose, der den gefährlichen Plan betreten hat, in das Kreuzfeuer einerseits ihm infolge des ersten Schrittes auferlegter Verbindlichkeiten und andererseits erregter und steigender Hoffnungen. Das Heraus ist dann ungleich schwieriger als das Hinein.

Und erscheint die bürgerliche Bewegung für die Berufsgenossenschaften als eine Duplizierung der Arbeiter, sie von der Verkürzung der Arbeitszeit und der Sozialdemokratie abzubringen. Besonders die letztere macht in der Schweiz riesige Fortschritte und da sich dort das Unternehmertum nicht auf Millionen Bajonette stützen kann und dem Volkswillen sich fügen muß, so sucht es das Fittergold der Palliativmittel hervor und die Arbeiterbewegung mit diesen aufzuhalten, wenn nicht zeitweise zu stillen. Daß gerade jetzt, wo die Arbeiterpartei in der Schweiz an der Arbeit ist, die nötigen 50 000 Stimmen zur Beantragung des „Rechtes auf Arbeit“ im Volke zusammenzubringen, die Genossenschaftsbewegung die größtmöglichen Anstrengungen macht, um der betreffenden Agitation ein Paroli zu bieten, daß

es den Unternehmern also gerade in diesem Moment unschätzbar ist, mit dem Begehren auch einiger hochgeachteter Arbeiterverbände nach den Genossenschaften, von denen man plausibel machen kann, daß sie das „Recht auf Arbeit“ so ganz erübrigen, prunten zu können, das ist sonnenklar. Jedenfalls wäre es rätlich, die Gehilfen jetztrennen über ihre Erwartungen von den obligatorischen Berufsgenossenschaften den letzten Zweifel.

Korrespondenzen.

Sch. Dresden. (Mitglieder-Beimählung vom 11. März.) Nach der vollzogenen Aufnahme einer Anzahl Kollegen besprach unser Gauvorsitzer Herr Rämpke das in Sachen der Zentral-Invalidentasse erscheinende zweite Gutachten von Herrn Rechtsanwalt Steiner in Stuttgart. Wir befrähen jetzt so wie die Anseher der Kasse ein Gutachten und es werde nun auf die Entscheidung der Berichte antommen. Redner erörterte das Verhältnis unserer Invalidentasse gegenüber einer Aktiengesellschaft und betonte schließlich, daß nur derjenige ausgeschlossen wurde, der die Beiträge zu sämtlichen Kassen nicht leistete. In der sich hieran anschließenden Debatte wurde ausgeführt, der Verband und die Invalidentasse seien sozialwirtschaftliche Faktoren. Herr Dr. Gaupp betraute die Invalidentasse vom Standpunkte der Aktiengesellschaften. Der Verband wie die Invalidentasse könnten aber nicht als solche gelten, denn die Aktiengesellschaften wollten Profit machen, während unsere Vereine Personenerne seien, die auf der Humanität der gegenseitigen Unterstützung beruhen. Da wir weitere Anfechtungen dieser Art zu gewärtigen hätten, so dürften wir nicht anstehen, beide Teile ineinander zu verschmelzen. Von Herrn Steinbrück wurde für die Delegierten der Stuttgarter Generalversammlung hervorgehoben, daß diese auf der letztern nicht für Verschmelzung stimmen konnten, weil sie glaubten, es könnte dadurch Mißtrauen herbeigeführt werden; wenn man aber sehe, wie an unseren Einrichtungen fortgesetzt gerüttelt wird, so entschie in jedem die feste Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Ueberführung der Invalidentasse in den Gewerkeverein. (Um Irrtümer zu vermeiden, sei hier bemerkt, daß es sich bei solcher Ueberführung selbstverständlich nicht um die Kapitalien der Kasse handeln könnte, welche zur Unterstützung der Invalidenten ausgeteilt würden, sondern nur um Etablierung des Invalidentassenzweiges innerhalb des Gewerkevereins. Neb.) Hierauf wird zur Sprache gebracht, daß seit kurzem von Herrn Wäfer in Leipzig Zirkulare nebst Postkarten zwecks Bestellung auf die Typ. Jahrb. durch die Prinzipale unter den Gehilfen zur Verteilung gelangen. Dies sei ein drastischer Gegenbeweis zu der von Herrn Wäfer während der Bewegung geübten Aeußerung, nach welcher er „auf die streitenden Gehilfen gern verzichten könne“. Wie es scheint, hat Herr Wäfer für die, auf welche er während jener Zeit so „gern“ Verzicht leistete, einen Ersatz nicht gefunden. Anders ist dies bei den Gehilfen, sie sind durch die Begründung des Graphischen Beobachters vollständig entschädigt. Sie werden es sich angelegen sein lassen, das Organ, das nicht nur Nutzen aus ihnen ziehen will, sondern neben dem ersten Bestreben der Verbreitung sachtechnischer Kenntnisse es auch eifrig auf wirtschaftlichem Gebiete mit den Gehilfen meint, thätkräftig zu fördern. Bei dieser Gelegenheit gab ein Kollege zu dem Treiben des Herrn Wäfer nach Abnommen eine weitere Illustration, welcher noch folgendes Kuriosum angeführt wurde. Durch Herrn Wäfer werden für den Tarifausdruck des D. V. V. Zirkulare bezüglich der Herabsetzung des Minimums an die Prinzipale gesandt. So erhielt nun auch ein Provinzprinzipal in der Nähe Dresden, der noch nie von dem Tarif abgewichen war, die Empfehlung, seinen Leuten monatlich 18 Mark zu zahlen mit dem Bemerkten, daß er dann noch immer als „tariftreuer“ Prinzipal gelten würde. Durch diese Verlockungen angeregt, versuchte unser bis dato wirklich tariftreuer Prinzipal, diesem eigenartigen Sparsysteme nachzueifern, was aber bei der Gehilfenerschaft mißglückte. Das sind Handlungen, die den Gehilfenkreisen bekannten Herrn Wäfer wieder recht deutlich in seinen aufstrebenden Maximen erkennen lassen; allein solche Reduktionsbestrebungen stehen im trassenen Widerspruch mit der Zeitzeit. — Nach Mitteilung von Verwaltungsangelegenheiten bedauerte Kollege Wolff den wenig vorhandenen kollegialen Geist im Vertrete mit einander und wünschte, daß ein bestimmtes Lokal als Parole ausgegeben würde, in dem die Kollegen sich ab und zu gesellschaftlich zusammenfinden könnten. Der Vorstand erklärt, soweit es in seinen Kräften liegt, den schätzbarsten Wünschen Rechnung zu tragen.

Uns Dinterpommern. (D. Berlin.) Als langjähriger Leser des Corr. habe ich stets mit Interesse die Begebenheiten in unserem Gewerbe verfolgt; alle Gau,

viele Städte Deutschlands waren — namentlich in letzter Zeit — zu finden, nur das liebe Pommernland glänzte durch Abwesenheit. Endlich nun hat mal namentlich einer auch etwas von Hinterpommern berichtet. Da ich nun in Stolp gelernt und nach zehnjähriger Abwesenheit im vorigen Jahr endlich das Glück hatte, als Sezer, Korrektor, Lokalberichterstatter, Akquisitor und Redakteur dort in der F. W. Felgeischen Buchdruckerei Stellung zu erhalten, ich auch in Köslin und Kolberg je zwei Jahre sondbitionierte, so wird der Herr Berichterstatter aus Stolp es mir nicht übel nehmen, wenn ich ein Sberlein zu seinem Berichte beibringe. Die Lage der Gehilfen in Hinterpommern ist eine sehr schlechte, ja ich möchte behaupten die traurigste in Deutschland, was seinen Grund hat einestheils in der Lausheit der Gehilfen, andererseits in dem Schlechtbestehen mancher Zeitungen. Für Städte sind es nur, in denen mehrere Gehilfen beschäftigt sind, also für das Buchdruckergewerbe in betracht kommen, die übrigen haben einen oder gar keinen Gehilfen. Es sind dieses Stolp, Lauenburg, Köslin, Kolberg, Neustettin. Ich werde mit Stolp anfangen. Früher, während meiner Lehrzeit, in den siebziger Jahren, konnte man Stolp noch eine Stadt nennen, wo sich dem Buchdrucker gute Aussichten boten. Es befanden sich damals — und auch noch heute — zwei Druckereien: die W. Delmanzjochs mit zwölf Gehilfen (Berdienst: Ausgelernte 18 Mark, Verehrer 27 bis 35 Mark) und drei Lehrlinge; die F. W. Felgeische mit fünf Gehilfen (Gewehlgeldhöhe mir nicht bekannt) und drei Lehrlinge. Die Stellungen in beiden Druckereien waren sehr gute, feste, es waren damals auch noch der alte Herr Felge und der allgemein beliebte Herr Wipplaff (später Hofbuchdruckereibesitzer in Rudolstadt), welche beide schon der Rufen bedt, an der Regierung. Das war 1878; bald sollten jedoch die Verhältnisse eine andre Wendung nehmen, vornehmlich in der Delmanzjochs Druckerei. Die Besitzerin der Druckerei, eine junge Witwe, traf eine neue Wahl in dem Direktor der höheren Mädchenschule, Kosselitz. „Ich habe zu befehlen“, damit begann dessen Herrschaft, indem Herr Wipplaff entlassen wurde; ein Sad folgte dem andern, dafür gab es mehr Lehrlinge. Noble Passionen, wie elegante Equipage, Diener in Livree, Reitpferd, der stete Begleiter Thras kosteten eben viel Geld. So sind die guten Zeiten in der Delmanzjochs Druckerei immer mehr zurückgegangen, die Lehrlingszahl hatte im letzten Jahre meiner Lehrzeit bereits die Höhe von zehn erreicht und stieg immer noch. Auch bei Felge hatte sich seit dem Tode des Besitzers manches verändert, es blieben schließlich nur noch zwei Gehilfen. Stolp, welches bei den Versammlungen der Buchdrucker 16 bis 20 Verbändler damals freundschaftlich herbeizien sah, sieht eben heute davon nichts mehr, den Verband kennt niemand. Während früher die in der Delmanzjochs Druckerei hergestellte Zeitung für Hinterpommern lange das Nicht eingebrachte, was sie heute einbringt, wurde dort Geld verdient; heute, wo die Zeitung eine Inserateneinnahme bis zu 60 000 Mark jährlich und eine Auflage von über 5000 Exemplaren hat, erhalten die Ausgelernten 12 Mark, fremde Sezer 18 Mark oder sie berechnen. Die in der Felgeischen Druckerei hergestellte Stolper Post fristet ein jämmerliches Dasein; 600 Auflage, Anzeigen sehr wenig. Der Text der in mittlerem Formate täglich erscheinenden Zeitung wird nur von Lehrlingen (sechs) gesetzt; Umbrechen besorgt ein Gehilfe, welcher 16,50 Mark erhält, Anzeigen setzt der Chef; die Accidenzen setzt gleichfalls ein Gehilfe, welcher auch 16,50 Mark erhält, Maschinenmeister ist ein Lehrling. Vernt ein Lehrling hier aus, so heißt es hinaus, vielleicht bleibt er auch vier Wochen bei 12 Mark. Beide Zeitungen sind konservativ, daher der Unterschied der Auflagen. Das sind die Zustände der beiden Druckereien. Verschiedene kleinere Druckereien tauchten im Laufe der Jahre auf, doch ihre Existenz war kurz. Eine Druckerei mit täglicher, liberaler Zeitung würde in Stolp, wo der liberale Abgeordnete durchgehenden ist, sich sehr gut rentieren und in dem bestehenden Buchdruckerverhältnissen vielleicht bald Wandel schaffen. Stolp ist die zweite Fabrikstadt Pommerns — dreißig Fabriken mit mehreren tausend Arbeitern — es fehlt nur an einem nötigen Kapitalisten. Als Unterstützung des liberalen Vereins werden 2500 Abonnenten garantiert. Also wer Geld hat — hin nach Stolp! — Von Lauenburg ist nur sehr wenig zu berichten. Drei bis vier Gehilfen und ein paar Lehrlinge, Gehalt niedrig. — Den Verhältnissen Stolps entspricht auch Köslin. Hier erhielten im Jahr 1888 in der Pendelischen Druckerei Ausgelernte 12 Mark wöchentlich oder im Berechnen 20 Pfennig pro tausend n. Ältere Sezer erhielten 16,50 Mark oder durften zu 23 Pfennig pro tausend n berechnen. Der Wetteure der Zeitung erhielt 22 Mark, der Korrektor 20 Mark, der Maschinenmeister 18 Mark. Daß der Verdienst der Betroffenen nur ein geringer war, ist wohl leicht erklärlich. Durch eine eingeführte frühere Herausgabe der Zeitung hoben sich die Lohverhältnisse etwas, es berechnen jetzt alle zu 28 Pfennig pro tausend n. Der Verdienst beläuft sich nun etwa bei flotten Sezer bis auf 21 Mark. Auch in diesem Geschäft könnte anders

begehrt werden, denn die Köllner Zeitung hat eine Auflage von 5000 Exemplaren und eine große Anzeigen-Einnahme. Die Verhinderung ist auch schon bedeutend gestiegen; bei meinem Besuch im vorigen Jahre fand ich deren sechs bei sieben Gehilfen. Bei Rosenberg, der zweitgrößten Druckerei, sind die Verhältnisse wie in der Stolper Post. Hier wird die Zeitung, welche 6 bis 800 Auflage hat, von Lehrlingen „gehoben“, während ein Gehilfe, der 18 Mark erhält, umbricht. Hin und wieder greift auch wohl ein Gehilfe ein. Accidenzen zehrt ein Gehilfe, Maschinenmeister ist gleichfalls ein solcher. Ausgelernte erhielten früher 10 Mark, jetzt 12 und 13,50 Mark. Der Redakteur der hier erscheinenden Zeitung ist ausschließlicher Redakteur, Faktor, Sezer, Maschinenmeister usw. Bei drei oder vier Gehilfen acht Lehrlinge. Die Arbeitszeit ist hier eine 10¹/₂stündige einsehr; der Pausen; bei Hendeß besser. Als dritte Druckerei ist die Budackische, in welcher das Amtsblatt gedruckt wird, zu nennen. Hier gibt es außer dem Herrn Geschäftsführer nur Lehrlinge, wohl fünf oder sechs. Für eine Aenderung dieser Druckerhältnisse fehlt jede Aussicht; wohl gibt es einen Verein hier, Graphische Künste, doch wird die Lage der Gehilfen in demselben nicht berührt. — In Kolberg stehen die Sachen nicht besser. Im Jahr 1885 erhielten in der P. v. S. Druckerei (Zeitung für Pommern) ausgelernte Gehilfen 12 Mark, fremde Gehilfen 13,50 Mark. In einer damaligen Versammlung wurde beschlossen, wegen Lohnerböhung vorzugehen; es wurde eine Bitte an den Chef aufgesetzt, welche niemand überreichen wollte. Ein fremder Gehilfe und der am jüngsten Ausgelernte sprachen endlich den Mut zur Ueberwindung des Schriftstüdes aus. Die ganze Sache war jedoch verkehrt: „Legen Sie nur hin, ich weiß schon Bescheid“, war die Antwort des Chefs. Einige Wochen später erhielten die beiden Kaminen den Cas. Durch die 1886er Bewegung änderten sich jedoch die Verhältnisse: alle Gehilfen erhielten eine Zulage von 3 Mark, welcher Gehalt auch noch heute besteht. Es stehen in dieser Druckerei meistens acht Gehilfen bei sechs bis zehn Lehrlingen. In der zweiten Druckerei (Knobloch) stehen drei bis vier Gehilfen bei einem monatlichen Gehalte von 60 bis 72 Mark und acht bis zehn Lehrlinge. Bei Gründung des Geschäfts, anfangs der achtziger Jahre, in welchem die konservativere Volkszeitung erscheint, wurden sechs Zeitungsleger mit wöchentlich je 21 Mark eingestellt, das übrige Personal entsprechend höher. Bald änderte sich dieses: die werten Kolberger Gehilfen, welche bei Post nur 12 Mark erhielten, wollten sehr gern für 15 Mark arbeiten; daß dieses dem Prinzipal angenehm war, konnte man aus den nach und nach erfolgenden Sünden erfahren; alle nutzten sie dem Geschäft den Rücken kehren. — Als letzte Stadt nenne ich Neustettin. Die eine Druckerei, welche hier in Betracht kommt, ist die der täglich erscheinenden Norddeutschen Presse. Dieselbe wird von fünf bis sechs Gehilfen hergestellt, welche je 14 bis 16,50 Mark erhalten. Ist es doch noch nicht lange her, daß man im Klümsch, „einen tüchtigen Sezer“ für 14 Mark suchte. Vergütungen, Vereinstätigkeiten usw. gestatten den jungen Leuten keine anderweitigen Bemüherungen, sie haben eine „feste Kasse“ und die Logislosten betragen ja nur 7 bis 8 Mark. — Das sind die Buchdruckerhältnisse in Hinterpommern, an eine Besserung ist gar nicht zu denken. Bieleicht wartet man auf die Versprechungen der Herren Konservativen und Liberalen.

B. Potsdam, 11. März. Der Ortsverein Brandenburg beschloß, nachdem in Nr. 15 des Corr. vom Gauvorstand der Gautag zu Ostern nach Potsdam einberufen worden war, in einer außerordentlichen Versammlung auf Grund des (alten) Obergau-Statuts eine Urabstimmung beim Gauvorstand darüber zu beantragen, ob der Gautag stattfinden soll oder nicht. Es wurde hierauf ein diesbezügliches Zirkular an sämtliche Mitgliedschaften des Obergauverbandes, in welchem hervorgehoben, daß, nachdem erst im August v. J. ein außerordentlicher Gautag stattgefunden, jetzt nicht schon wieder so viel Material vorliegen könnte, um die Abhaltung eines mit so großen Kosten verknüpften Gautages für notwendig zu halten; außerdem wären die Mitgliedschaften gar nicht in der Lage, Anträge zum Gautage zu stellen, da das im August v. J. beratene Statut noch nicht in den Händen der Mitglieder sich befände. (Daselbe gelangte unterdessen am 3. März d. J. unerwartet zur Verteilung.) Der Antrag Brandenburg wurde im Obergau von 99 Mitgliedern unterstützt und daraufhin die Urabstimmung vorgenommen. Trotzdem am 4. März der Termin für Einlieferung der Stimmzettel abgelaufen war, hielt es der Gauvorstand bis zum heutigen Tage nicht für nötig, das Resultat mitzuteilen, was in letzter Monatsversammlung des hiesigen Ortsvereins bei der Besprechung über den Gautag seitens mehrerer Mitglieder in ziemlich scharfer Weise bemängelt wurde. Gelegentlich der Einsetzung der Stimmzettel hat der hiesige Vorsitzende den Gauvorsteher, den Ausfall der Urabstimmung umgehend nach hier zu berichten, damit eevent. die nötigen Vorbereitungen getroffen werden könnten.

W-r. Aus der Provinz. In den Versammlungsberichten wird nicht selten Klage geführt über den schwachen Versammlungsbesuch und das mit Recht. Wir Buchdrucker, die wir die Pioniere der Arbeiter sein wollen und wohl auch sind, sollten doch wissen, daß es nicht nur unsere Pflicht ist, zahlende Mitglieder zu sein, sondern daß vor allem auch Kollegialität dazu gehört, uns gegenseitig auf der Höhe zu erhalten, die wir in der modernen Arbeiterbewegung eingenommen haben. Bedauerlicherweise muß man zugeben, daß bei vielen Kollegen das richtige Interesse nicht vorhanden ist, andererseits muß aber auch offen und ehrlich gesagt werden, daß die Kollegialität in den meisten Arbeitsstätten und in mancher Versammlung fehlt. Woher kommt das? — Es ist nicht zu leugnen, daß gerade unter uns Buchdruckern das gegenseitige „Aufziehen“ und „Hänfeln“ in einem Maße betrieben wird wie in keiner andern Gewerkschaft und es sind hauptsächlich die jüngeren Kollegen, welche darunter zu leiden haben. Allerhand Mittel werden angewandt, um den Kollegen „hoch“ zu bringen. Hat man endlich den wunden Punkt, die sogenannten „Achillesferse“ entdeckt, so herrscht allgemeine Freude und schon nach kurzer Zeit bricht der Sturm wieder von neuem los. Ist die „Achillesferse“ abgelpumpt, dann wirft man den betreffenden Kollegen neue Liebenswürdigkeiten an den Kopf und auf diese Weise drängen wir uns thätig selbst auseinander! Wird ein derartig behandelter Kollege nicht abgestoßen? — Das sind die Vorgänge in der Druckerei. Ist es in den Versammlungen besser? Nein! — Die Debatten belebender Natur erstrecken sich oft auf Persönlichkeiten, sogar Schimpfwörter kommen gelegentlich mit in Gebrauch. Können wir uns dann noch wundern, wenn der Versammlungsbesuch schwach ist und das Interesse verloren geht? Gewiß nicht. Man gründet Gesangsvereine, Leseklubs usw. zur Förderung der Kollegialität, indes der persönliche Verkehr und Umgang nur in erster Reihe gepflegt und gepflegt werden. Gerade wo unsere Organisation sich von neuem wieder zu kräftigen beginnt, mögen auch diese wohlgemeinten Worte ein Kleines beitragen, sie noch angenehmer und wohlthätiger zu gestalten.

Kundschau.

Die Nr. 46 der S. A.-Z. brachte über die Lohnverhältnisse der Kobitschen Druckerei in Pieschen bei Dresden eine Notiz, zu welcher die Geschäftsleitung folgende Berichtigung erläßt: „Es kann demgegenüber konstatiert werden, daß die daselbst eingestellten berechnenden Sezer stets nach dem geltenden Buchdruckerartentlohn worden sind, wie auch die im gewissen Grade beschäftigten allgemeine Bezahlung erhalten. Die Geschäftsleitung und das Druckereipersonal der Kobitschen Buchdruckerei.“ Die S. A.-Z. schreibt hierzu: Das Personal bei der Firma Kobitsch besteht aus zwei Gehilfen und zwei Lehrlingen. Der z. B. geltende Buchdruckerartentlohn beträgt im Minimum 25,10 Mark; soviel uns aus ganz genauer Quelle mitgeteilt, erhalten aber die Sezer dieser Firma eine „angemessene Bezahlung“ von 15 bis 18 Mark, berechnende Sezer beschäftigt besagte Firma gar nicht.

Vor mehreren Monaten starb in Bayreuth der Besitzer einer Druckerei, der, wie die Mehrheit in Bayreuth, protestantischen Glaubens war. Das Geschäft übernahm Herr Ellwanger. Kurze Zeit darauf war in dem zu Rothenburg o. d. Tauber erscheinenden Konsistorialblatt ein Inserat der Witwe Mühl aus Bayreuth enthalten, in welchem sie Ellwanger als einen Katholiken denunzierte und bat, da Ellwanger nicht Protestant sei, ihr die Druckaufträge zu erteilen. Tatsächlich wurden Ellwanger auch die Druckaufträge der Konsistorien entzogen. Nicht genug damit, wurde Ellwanger auch noch vom Geschäftsführer der Witwe Mühl mit anonymen Briefen verfolgt. Interessant ist jedenfalls die Erklärung der Witwe Mühl vor dem Schöffengerichte, sie sei vom Konsistorium erlucht worden, das erwähnte Inserat gegen Ellwanger zu erlassen.

In Kiel erhebt unter dem Titel „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ von jetzt ab als „Organ für das arbeitende Volk“ eine neue Zeitung täglich für 1,80 Mark vierteljährlich. Als verantwortlicher Redakteur zeichnet H. Ströbel in Kiel. Die Probenummer ist in 16 Seiten erschienen.

Die A.-G. Köllner Verlagsanstalt und Druckerei erzielte im Vorjahr einen Reingewinn, der dem des vorhergegangenen Jahres entspricht und wieder 8 Proz. Dividende abwirft.

Das Münchener Fremdenblatt und Handelszeitung ist in den Besitz des Grafen Konrad Preysing übergegangen, welcher 100.000 Mark dafür zahlte.

In Bad Reichenhall (Bayern) wird mit Anfang April eine Buchdruckerei eröffnet. Der Besitzer ist der Sezer A. Gajner, der bei der letzten Bewegung in München bei Parnus' rausziehen half und den Münchener Kollegen jedenfalls in Erinnerung sein wird. Ob die Prinzipale ihren neuen Konkurrenten auch „raufziehen“ werden?

Der Sezer Emil Rathmann in Braunschweig glaubte es „seiner Familie schuldig“ zu sein, beim

Neunhundertkampfe zwei Tage nach dem Aufhören als einziger wieder zu dem betreffenden Prinzipale zurückkehren zu müssen. Solche Rücksicht hat er aber bei dem Zusammenstoße mit einem Nachwächter nicht walten lassen, er schlug diesen derart über den Kopf, daß derselbe 14 Tage arbeitsunfähig war und muß nun drei Monate Gefängnis verbüßen.

Beurteilt der Redakteur des Sächsischen Volksblattes, Wils. Traugott in Juidau, zu 4 Monaten Gefängnis wegen Beleidigung eines Gutbesizers in Fraureuth, dem sich noch fünf andere dortige Einwohner angeschlossen. Das Blatt hatte ihnen nachgesagt, sie hätten beim Kartoffelmessen ein Maß mit doppeltem Boden gehabt. — Redakteur Benz von der Mannheimer Volksstimme hat die Beleidigung eines Meisters der dortigen Metallpatronenfabrik mit einem Monat Gefängnis zu büßen. — Die Breslauer Zg. hat den Landchaftsdirektor v. P. als Großgrundbesitzer beleuchtet — dafür wurden ihr 100 Mark als Strafe auferlegt. — Der Redakteur Jos. Straub von der Volkszeitung in Bayreuth gab in einem Artikel den Steuerrestanten den Rat, den Rentamtsschreibenden W. in Bamberg, der nach Ansicht des erstern seine Besagnisse überschritt, die Treppe hinabzuwerfen: 5 Tage Gefängnis. — Die Neue Bayer. Landeszeitung in Würzburg hat einen Gymnasialprofessor der Bestechlichkeit beschuldigt: 50 Mark.

Zum selbständigen Aneignen der französischen, englischen resp. italienischen Sprache erscheinen bei Rosenbaum & Hart in Berlin die Zeitschriften Le Répétiteur, The Repeater und Il ripetitore. Jedes ausländische Wort enthält unter sich das entsprechende deutsche. Der Inhalt ist unterhaltend und belehrend, dabei von angenehmer Mannigfaltigkeit; Aussprachebezeichnung, Bindungs- und Betonungszeichen sowie Fußnoten sind bestimmt, den Inhalt richtig zu lehren. Für Fortgeschrittene enthalten diese vierzehntägig erscheinenden Blätter almonatlich eine Beilage mit nur fremdsprachlichem Texte, dem Anmerkungen beigelegt sind. Abonnementbetrag pro Quartal je 1 Mark.

Heft 25 der Neuen Zeit (Stuttgart, J. G. W. Dieß Verlag) enthält u. a.: Entwurf — Oder. — Technisch-ökonomischer und sozial-ökonomischer Fortschritt, von Eduard Bernstein. — Warum gibt es mehr Frauen als Männer? — Briefe aus England. — Notizen. Feuilleton.

Deisterreichliches. Einige andere Fälle, die der Bericht des Steiermärkischen Gehilfenvereins vermerkt, werfen im Anschluß an den Artikel aus Graz in voriger Nummer ein großes Licht auf die österreichische Polizeiwirtschaft und Justiz. Im Mai 1891 wurde von den bei Janotta konditionierenden Kollegen Ganser und Zahn die in Oesterreich ungesetzliche Sonntagsarbeit verlanget, was sie zur Niederlegung der Arbeit veranlaßte. Zahn zog seine Klage auf Vergütung der vierzehntägigen Kündigungszeit auf Veranlassung des damaligen gewerbebehördlichen Beamten zurück; Ganser wurde als Kläger zu drei Tagen Arrest verurteilt! Dieses Urteil wurde auf Klagen wegen formeller Mängel aufgehoben, die neuerlich eingebrachte Klage ist jedoch bis heute — nach fast drei Jahren! — noch nicht erledigt. — Kollege Stellbogen, der den Verein in Gili vertrat, hatte einen harten Strauß mit der Gewerbebehörde auszufechten, der zur Klage gegen ihn führte. Er wurde freigesprochen. — Kollege Franz Wolf wurde wegen einer Korrespondenz im Vormärz, als deren Einsender er sich bekannte, in der Neuen Leobener Buchdruckerei sofort entlassen und mußte seine Ansprüche bei der Bezirkshauptmannschaft geltend machen. Trotz aller Schritte kann er nicht zu seinem Rechte gelangen; in Leoben hat sich noch kein Advokat gefunden, der eine derartige Angelegenheit in die Hand nehmen will. — Da hatte wohl Dr. Adler recht, als er auf dem deutschen sozialistischen Parteitag erklärte, in Oesterreich herrsche der „Absolutismus, gemildert durch die Schlampererei“. Freilich verständig ist ihn auch häufig die „Schlampererei“.

Das Jahr 1892 war für die wirtschaftliche Gestaltung des Romanischen Buchdruckerverbandes sehr günstig: die Zahl seiner Mitglieder (s. S. 516) hat gegen das Vorjahr um 27 zugenommen und sein Vermögensstand am Schlusse des Berichtsjahres einen Ueberfluß (der höchste seit Gründung des Verbandes) von 5394 Fr. aufzuweisen. Unter den verschiedenen Arten der Ausgaben ist bei der Krankenkasse bemerkenswert die Thatfache, daß sich gegen 1891 die Zahl der Krankentage um 357 verminderte, jedoch die Zahl der erkrankten Mitglieder um 17 sich vermehrte; immerhin betrug die Gesamtauszahlung, einbegriffen 4 Todesfälle, 7476,70 Fr. Im Vergleich zu allen früheren Jahren belasteten dagegen die Arbeitslosen im letzten Jahre die Verbandskasse am meisten und zwar um 1407 Fr.; ebenso stellte der Statistendienst erhöhte Anforderungen: 1247,80 Fr. in 1892 gegen 1065,10 Fr. in 1891. Die Gehilfen in Auslandsfällen beanspruchten 3624,50 Fr., 1009,50 Fr. mehr als 1891, dafür erreichten die freiwilligen Sammlungen die beträchtliche Höhe von 4235,50 Fr. gegen 1242,50 Fr. im Vorjahre.

Industrie und Gewerbe.

Wie es gemacht wird, davon zeugt ein Beispiel aus Furtwangen. Die dortige Union Cord Company kündigte ihren Arbeitern eine zehnprozentige Herabsetzung sämtlicher Löhne an und begründete die Notwendigkeit derselben mit einer um drei Viertel des seitherigen Betrages eingetretenen Steuererhöhung und außerdem mit dem Hinweis auf die in der Branche eingetretene Schleuderkonkurrenz. Mit der Steuererhöhung hatte es seine Richtigkeit — es war infolge der Verlegung eines Lagers von London nach Furtwangen die Firma um 1370 Mark höher zur Gemeindesteuer eingeschätzt worden — aber der Lohnabzug würde nach den von der Krankenversicherungsfractionsit ausgewiesenen Lohnbeträgen der Fabrik 16 300 bis 19 000 Mark, also das Zwölfwache der Steuererhöhung betragen! Die Wadische Korrespondenz, ein offizielles Organ, bemerkt dazu, daß in diesem Vorgang unter allen Umständen eine Täuschung der Arbeiter und ein ungebührlicher Versuch der Abwälzung der Verantwortlichkeit für die Lohnminderung auf die Behörden liege. Wir aber erblicken darin ein all-gemein gelübtes System, von dem hier nur wieder ein Fall zufällig an die Öffentlichkeit gekommen, alle Wiedereinnahmen auf die Arbeiter abzuwälzen, um sich selbst auf jeden Fall das gewohnte Einkommen zu sichern.

Die wegen der Choleraepidemie zum großen Leidwesen der Unternehmer erfolgte Absperrung der russisch-polnischen Arbeiter von der Beschäftigung in den östlichen Grenzprovinzen ist aufgehoben worden. Dieselben sollen fortan nur in gesundheitlicher Beziehung überwacht werden. Die Hege in Russland gegen deutsche Arbeiter würde von rechtswegen auch die Fernhaltung der russischen Arbeiter von deutschem Gebiete bedingen, insofern ist die billige Arbeitskraft eine zu geluchte Ware, um solchen Bedenken Raum zu geben.

Die Handelskammer in Mannheim bewilligte für zwei Jahre je 300 Mark Zuschuß zu dem zu errichtenden Zentral-Arbeits-Nachweisedbureau.

Verweise, Laffen usw.

Der Zentralverein der Bildhauer Deutschlands zählte Ende vorigen Jahres 2806 Mitglieder. Für Reiseunterstützung wurden im 4. Vierteljahre verausgabt 3015,50, für Unterstüfung bei Arbeitsunfähigkeit 3683,00, sonstige Unterstüfungen 820,00, Rechtschutz 184,33 Mark.

Den zwei notleidenden Ortskrankenkassen in Berlin (Mauer und Budaer) hat sich die im Vororte Weiskese beigeleitet, aber aus anderen Gründen: ihr Rentant, ein Magistratsbuchhalter, hat nämlich das Vermögen der Kasse, gegen 20 000 Mark, durchgebracht bezw. auf der Heimbahn verspielt.

Arbeiterbewegung.

Der Streik in der Kistenfabrik von Berner & Jakob in Berlin ist durch Abfall von sieben der Beteiligten als beendet zu betrachten. — In der Weinreichischen Pinselfabrik in Schwelm wurde die Kündigungs zurückgenommen; die früheren Löhne werden weitergezahlt.

Der Generalrat der Arbeiterpartei, die Vertretung aller Industrie-Zentren, aller Arbeiterverbindungen und Grubenarbeitervereine Belgiens, beschloß am 19. März in einer Vollversammlung abermals, daß ein allgemeiner Streik sofort proklamiert werden soll, sobald die konstituierende Versammlung das allgemeine Stimmrecht verwerfen oder nur unter Beschränkungen zulassen sollte.

Briefkasten.

N., hier: Nur volle Thätigkeit berechtigt in der Regel dazu; in dem angeführten Falle war dieselbe durch äußere Umstände vor kurzem aufgehoben worden, was aus naheliegenden Gründen außer Betracht zu bleiben hatte. — S. in H.: Erstens ist nicht zu erkennen, ob alles, was Sie mitteilen, wirklich in der Versammlung verhandelt worden ist und dann haben solche persönliche Auseinandersetzungen für die Öffentlichkeit allerdings keinen Wert. Mit gegenseitigen Anfeindungen nützt man dem Verbands nicht. — M. in Berlin: Werden nicht ermangelt. Wunsch unerfüllbar, aber auch gegenstandslos. Besten Gruß. — B. in Mainz: Rein. — R. in Götting: 2,50 Mk. — N. 259: Brief nicht eingegangen. Betrag für Inf. 50 Pf. — O. G. in Breslau: 20 Pf. Straßporto.

Manuskriptbriefe bitten wir unsere geehrten Herren Mitarbeiter umständehalber bis auf weiteres nur zu adressieren: A. Gajch, Leipzig-Dollmarsdorf, Eisenbahnstr. 92 I. Postkasten und Druckfachen an die bisherige Adresse, ebenso Gelder für die Expedition mittels Postanweisung.

Scherben.

In Berlin am 9. Februar der Seher Eduard Kottmann, 58 Jahre alt — Lungen- und Nierenkrankheit; am 18. Februar der Seher Willy Hahnert, 18 Jahre alt — Nierenentzündung; am 1. März der Invalide Karl Dreß, 69 Jahre alt — Herzerweiterung.

In Mainz am 17. März der Maschinenmeister Karl Kalbar Koch, 24 Jahre alt — Nierenleiden.

In Tübingen b. Götting der Seher Karl Grottkopp, 32 Jahre alt — Schwindel. G. war seit Beendigung seiner Lehrtätigkeit Mitglied und ununter-

brochen in der Mohr'schen Druckerei (jetzt Schaidt) im Kondition.

Verbandsnachrichten.

Erzgebirge-Vogtland. Laut Beschluß des Vorstandes findet der diesjährige Gantag am 14. Mai in Chemnitz statt. Anträge sind bis zum 16. April einzuliefern. Behufs Fertigstellung des Jahresberichts sind die Vertrauensmänner um rechtzeitige Einreichung ihrer Berichte gebeten. Alles nähere demnächst. — Anträge sowie Berichte an Paul Trmscher in Chemnitz, Forststraße 10, Hintergeb.

Miel. Die Verbandsmitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß in der Mieler Morgenzeitung wiederholt Differenzen wegen Bezahlung nach Tarif entstanden sind, infolgedessen dem gesamten Personale (sieben Mitglieder) am vergangenen Sonnabend gekündigt wurde. Der Besitzer (Richtschmann) will durch billigere Arbeitskräfte das Blatt herstellen lassen. Nähere Auskunft erteilt L. Gentel, Brunswieler Str. 30.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Elberfeld der Seher Karl Haberland, geb. in Stolp i. P. 1874, ausgel. das. 1892; war noch nicht Mitglied. — O. Schumann, Rosenstraße 20.

In Liegnitz der Maschinenmeister Gustav Hille, geb. in Schweidnitz 1874, ausgel. das. 1892; war noch nicht Mitglied. — E. Pohl, Baumgartstraße 5.

In Mainz die Seher I. Philipp Fohr, geb. in Fürth i. Odenwald 1874, ausgel. das. 1890; 2. Joh. Bromberger, geb. in Ansbach 1873, ausgel. das. 1890; 3. H. Almenröder, geb. in Berghausen 1868, ausgelernt in Herborn 1887; waren noch nicht Mitglieder. — P. Born, Pfaffengasse 14.

In Hürdingen der Seher Joseph Herfurter, geb. in Albing 1857, ausgel. in Rosenheim 1875; war schon Mitglied. — Julius Hante in München, Corneliusstraße 42, II, rechts.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Berlin. Für den Seher Franz Kleefoot liegt ein Brief beim Verwalter Franz Stolle, Oranienstraße 126. Abfender ist der Rechtsagent August Freitag in Mannheim.

Die Buchdrucker-Verkehr befindet sich jetzt im Gasthofe zur Stadt Braunschweig (Zentral-Verberge), Leipziger Straße. Corr. liegt vom 1. April ab aus.

Dreizeigebatte Seite 25 Bl., Angebote und Besuche von Größen sowie Veranlassungs-Anzeigen die Seite 16 Bl.

Anzeigen.

Belegnummern 5 Bl. — Betrag bei Aufgabe zu entrichten. Herren ist Freimarte beizufügen.

Metteur

zur Leitung einer mittlern Druckerei, in der Kalkulation durchaus erfahren, zum 4. April gesucht. Offerten unter G. Nr. 247 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Zwei korrekte, leitungs-fähige Zeitungssieker

zu dauernder Kondition nach Südwestdeutschland gesucht. Gehalt 21 Mark. Eintritt 27. März. Offerten unter Nr. 261 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Un jeune homme (Allemand) connaissant parfaitement le metier de l'imprimerie (particulièrement les travaux de ville) ayant travaillé aussi à l'étranger cherche une place comme compositeur. Adresser sous Chiffre N. F. 43 à Monsieur Hans Elsner, Berlin, Lindenstrasse. [260]

Junger Seher

der am 1. April seine Lehrtätigkeit beendet, sucht behufs weiterer Ausbildung im Accidenzfab unter bescheidenen Ansprüchen Kondition. Offerten sub W. 77 postlag. Wismar i. M. erbeten. 262

Gutenberg-Haus Franz Franke

Nassaustr. 33 BERLIN W Behrensstr. 7a.

liefert sämtl. Maschinen, Apparate, Utensilien und Verbrauchsgesamstände für Buchdruckereien.

- Schnell- und Tiegeldruckpressen,
- Gas- und Petroleummotore,
- Stereotypie-Einrichtungen, Kreissägen,
- Schneide- und Perforiermaschinen,
- Glättpressen, Satiormaschinen,
- Drahtheft-, Loch- und Oesenmaschinen,
- Korrektur-Abzieh-Apparate usw.

Gebr. Grünebaum

Fachschreinererei mit Dampftrieb

Bürgel-Offenbach

Gegründet 1858. empfiehlt Gegründet 1858.

Regale, Setzkästen u. Zinkschiffe

gut und dauerhaft gearbeitet, grosser Setz-

kasten 5,50, kleiner Setzkasten 3,30 Mk.

Probekisten aus illustrierte Preislisten auf Verlangen.

Ernst Morgenstern

W 57 BERLIN W 57

Spezialität: Einrichtung kompletter Buchdruckereien

auf Grund langjähriger Erfahrungen.

Fachgemässste Bedienung. — Kalnteste Zahlungsbedingungen.

Grosses Lager in

Maschinen, Schriften, Utensilien

und allen zur Druckindustrie nötigen Materialien.

Prospekte und Preislisten franko.

Leipzig.

Freitag den 24. März, abends 1/10 Uhr, im Saale des Pantheon, Dresdenerstraße:

Allgemeine Buchdrucker-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht, Remuneration und Neuwahl der Gewerkschaftsstellvertreter; 2. Bericht des Beisitzers beim Gewerbegericht und Unterstüfung des Auskunftsbüreaus; 3. Diskussion.

Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen Leipzigs erucht

Die Kommission für Tarifangelegenheiten Leipzigs. Paul Seidel, 1. Vors.

[258]